

Finanzdirektion des Kantons Bern
Münsterplatz 12
3011 Bern

beat.baumgartner@fin.be.ch

Bern, 24.11.2017

Vernehmlassung: Bericht über die Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG)

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben vom 28. August 2017 laden Sie die Vernehmlassungspartner ein, zum Bericht über die Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen zum Geschäft gerne wie folgt Stellung.

1. Einleitung:

Die BDP Kanton Bern unterstützt im Grundsatz das FILAG. Das Instrument zur Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden hat sich sehr gut bewährt. Die BDP erachtet es als wichtigen Vertrauensbeweis zwischen den Partnern, wenn das System jährlich überprüft und einem Monitoring unterzogen wird. Damit kann auf Anpassungen, Lastenverschiebungen oder Be- und Entlastungen kurzfristig reagiert werden.

2. Pauschalabgeltung der Zentrumslasten:

Die Abgeltung der Zentrumslasten hat sich bewährt und scheint sinnvoll. Eine weitere Belastung der ländlichen Gemeinden zugunsten der Zentren lehnen wir grundsätzlich ab. Die Belastung der ländlichen Gemeinden steigt ebenfalls ständig durch Einschränkungen und Begrenzungen. Beispielsweise haben kleine Gemeinden zunehmend Schwierigkeiten, Bauland einzuzonen und damit ein moderates Bevölkerungswachstum zu ermöglichen. Im Weiteren steigen die Kosten in den Lastenausgleich und die Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr um nur einige Beispiele zu nennen.

Im Gegensatz zu den Zentrumslasten müssen wir uns auch einmal Gedanken machen über die Lasten des ländlichen Raumes. Die Bevölkerung der Zentren und der Agglomerationen benutzen den ländlichen Raum zunehmend als Erholungsgebiet und belasten die Wälder, Wege und Strassen auch in abgelegenen Gebieten. Die zunehmende Abfallbelastung von Felder, Wiesen, Wälder etc. ist nicht zu vernachlässigen.

Damit ist zu betonen, dass nicht nur die Zentren zusätzliche Lasten zu tragen haben, sondern auch der ländliche Raum. Diese Lasten müssen bei der nächsten Revision des FILAG berücksichtigt und berechnet werden.

3. Sozillastenindex

Die vorgeschlagene Anpassung bezüglich dem Anteil Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen finden wir durchaus gerechtfertigt. Umso mehr unterstützen wir eine jährliche Erhebung der Sozillasten in den Gemeinden. Die Flüchtlingszahlen ändern sich sehr stark und können nicht vorausgesagt werden. Somit muss auf veränderte Situationen kurzfristig reagiert werden.

Mit dem Einbezug der Anzahl Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen in den Sozillastenindex kann das Interesse der Gemeinden an der Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen bei Bedarf gesteigert werden.

4. Monitoring

Das jährliche Monitoring und die Anpassung an veränderte Verhältnisse bei den einzelnen Gemeinden unterstützen wir grundsätzlich. Allerdings müssen diese Erhebungen standardisiert und möglich automatisiert werden. Der Aufwand für die Verwaltung im Kanton muss möglichst gering sein.

5. Zusammenfassung

Die Auswertung des FILAG ist für die BDP nachvollziehbar. Die einzelnen Daten können wir nicht überprüfen, haben aber Vertrauen, dass die Aussagen korrekt wiedergegeben werden und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Die Zentrumslasten sind sicher unbestritten und können auch belegt werden. Allerdings hat auch der ländliche Raum gewisse Lasten zu tragen, was nicht in der Berechnung berücksichtigt worden ist.

Die Anpassung bezüglich des Sozillastenindex können wir unterstützen. Bei den Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen fallen nicht nur die effektiven Kosten sondern auch der personelle Aufwand der Behördenmitglieder ins Gewicht. Bei der Erhebung sind diese nicht zu vernachlässigen.

Aus den oben erwähnten Gründen unterstützt die BDP Kanton Bern ein jährliches und verfeinertes Monitoring. Der Aufwand dafür ist aber möglichst gering zu halten.

Wichtig ist auch, dass bei Entlastungsmassnahmen oder anderweitigen Neuregelungen stets die Auswirkungen auf das FILAG im Auge behalten werden. Es darf nicht zu Kostenverschiebungen vom Kanton zu den Gemeinden führen, lediglich um beim Kanton Entlastungen zu bewirken.

Wir bitten Sie, unsere Stellungnahme zu berücksichtigen und die von uns vorgeschlagenen Massnahmen damit umzusetzen.

Freundliche Grüsse

Enea Martinelli
Präsident BDP Kanton Bern

Astrid Bärtschi
Geschäftsstelle BDP Kanton Bern